

Göttinger Rat will Ausstellung zu Zwangsarbeit in NS-Zeit retten - unter einer Bedingung



Die Göttinger Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“ braucht eine stabile Finanzierung, um weiter existieren zu können. 25 Prozent der Kosten würde die Stadt Göttingen übernehmen – wenn der Landkreis mitzieht.



[Lea Lang](#)

18.11.2024, 10:00 Uhr

Göttingen. Die Göttinger Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“ ist in ihrer Existenz bedroht. Ab 2025 fehlt aktuell die Finanzierung einer Bildungsreferentenstelle, die sich derzeit zwei Menschen teilen. [Bislang und seit 2020 wurde komplett von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten \(SnG\) finanziert.](#) Nun müssten Stadt und Landkreis mit jeweils 25 Prozent der Kosten finanziell einspringen, damit die Ausstellung in den Berufsbildenden Schulen II an der Godehardstraße geöffnet bleibt. [22.000 Euro würden pro Kommune fällig.](#)

Mehr zum Thema

[Online-Petition](#)

[Göttinger Zwangsarbeiter-Ausstellung in Gefahr: Unterschriftensammlung gegen Schließung](#)

Rat Göttingen will unterstützen, wenn Kreis mitzieht

Nun können die Organisatoren Hoffnung schöpfen: Nachdem Fürsprecher in der Bürgerfragestunde der jüngsten Ratssitzung noch einmal vorgetragen haben, wie wichtig die Ausstellung als Bildungsort sei, kündigten alle Fraktionen an, diese Summe in den Haushalt einstellen zu wollen. Allerdings unter der Voraussetzung, dass der Landkreis ebenfalls mit 25 Prozent der Personalkosten einsteigt, wie unter anderem Elvan Tekindor-Freyjer für die SPD-Fraktion betonte.

Dagmar Sakowsky (Grüne) zeigte sich „beruhigt“, dass auch das Haushaltsbündnis das Vorhaben unterstütze. „Wir werden beim Landkreis vorsprechen, um die andere Hälfte der Förderung zu bekommen“, kündigte sie für ihre Fraktion an.

GT/ET